

## Antrag der FDP im Ortsbeirat 10

### Ampelkonzept für die Gießener Straße

Der Ortsbeirat möge beschließen:

Der Magistrat möge prüfen und berichten, ob es möglich ist, die Ampelschaltung auf der Gießener Straße einheitlich so zu regeln, dass eine Lösung einerseits die Bedeutung dieser Straße als Durchgangsstraße betont und den Autoverkehr von der Homburger Landstraße durch bessere Flüssigkeit ableitet, gleichzeitig aber auch sicherstellt, dass die U-Bahnstationen für Fußgänger gut zugänglich sind, die Schüler an der Theobald-Ziegler-Schule ungefährdet und schnell die Straße queren können und die Radfahrer möglichst ungehindert fahren können.

Begründung:

Es ist unbedingt erforderlich, dass die Gießener Straße möglichst viel Durchgangsverkehr aufnimmt, um den Kernort Preungesheim zu entlasten. Gegenwärtig wird die Ampelschaltung aber von den Autofahrern als so behindernd empfunden, dass sie offensichtlich lieber die Homburger Landstraße befahren. Gleichzeitig gibt es Beschwerden über zu lange Wartezeiten bei der Querung für Fußgänger und auch die Situation für Radfahrer ist trotz umfangreicher Umbauarbeiten insbesondere auch wegen der Ampelschaltung wenig befriedigend. Die spiegelt sich auch in verschiedenen Einzelanträgen des Ortsbeirats 10. Insgesamt scheint aber eine Gesamtoptimierung geboten, weil letztlich im Moment für keine Nutzergruppe auf der gesamten Strecke eine befriedigende Situation besteht.

Dr. Julian Langner

Frankfurt am Main, den 1. Dezember 2021

## Antrag der FDP im Ortsbeirat 10

### Herstellung der Grünanlage zwischen Gießener, Feuerwehr- und Gederner Straße

Der Ortsbeirat möge beschließen:

Der Magistrat möge prüfen und berichten, wann nun mit einer Herstellung der Grünanlage zwischen Gießener, Feuerwehr- und Gederner Straße zu rechnen ist.

Begründung:

Die Planungen liegen seit Jahren vor und immer noch nicht ist mit einem Beginn zu rechnen. Vor diesem Hintergrund ist nun eine Festlegung geboten.

Dr. Julian Langner

Frankfurt am Main, den 1. Dezember 2021

## Antrag der FDP im Ortsbeirat 10

### Absicherung der Einmündung des Radweges an der Kreuzung Eckenheimer Landstraße/Gummersbergstraße

Der Ortsbeirat möge beschließen:

Der Magistrat möge prüfen und berichten wie die Einmündung des Radweges an der Kreuzung Eckenheimer Landstraße/Gummersbergstraße abgesichert werden kann, insbesondere ob hier Fahrradbügel so gesetzt werden können, dass auf dieser Einmündungsfläche nicht auch noch geparkt wird.

Begründung:

Der stadtauswärtsführende Radweg mündet an der Kreuzung Eckenheimer Landstraße/Gummersbergstraße ohnehin in einer recht unübersichtlichen Situation für alle Verkehrsteilnehmer in die folgende 30-Zone auf der Eckenheimer Landstraße. Diese Situation wird vollends gefährlich, wenn in diesem Einmündungsbereich auf dem Fußgänger bzw. Radweg auch noch unzulässig geparkt wird. Deshalb ist hier etwa durch Fahrradbügel Abhilfe zu schaffen.

Dr. Julian Langner

Frankfurt am Main, den 1. Dezember 2021

## Antrag der FDP im Ortsbeirat 10

### **Behindern Problem mit dem Wasser vom Berkersheimer Hang die Wiedereröffnung der Bahnunterführung am Wiesengarten**

Der Ortsbeirat möge beschließen:

Der Magistrat möge prüfen und berichten, warum der Termin zur Wiedereröffnung der Bahnunterführung im Wiesengarten im Oktober 2021 nun schon wieder ohne jeglichen erkennbaren Fortschritt verstrichen ist, obwohl die Stadt eine Zuwegung wieder in einen verkehrsfähigen Zustand versetzt hat. Ferner möge er prüfen und berichten, ob das mit Problemen mit der Ableitung des Wassers vom Berkersheimer Hangs zu tun hat und wie diese gegebenenfalls abgestellt werden können.

Begründung:

Die Bahnunterführung ist entgegen den Ankündigungen immer noch nicht wieder eröffnet, gleichzeitig vermitteln umfangreiche Pumpmaßnahmen der Baustelle an der Main-Weser-Bahn in diesem Bereich aber den Eindruck, dass hier erneut, trotz vielfältiger Hinweise im Planfeststellungsverfahren darauf, die Wasserprobleme in Berkersheim nicht genügend berücksichtigt und deshalb nicht bewältigt sind. Deshalb ist dringende Aufklärung geboten.

Dr. Julian Langner  
Frankfurt am Main, den 1. Dezember 2021

## Antrag der FDP im Ortsbeirat 10

### Änderungen an den geplanten Lärmschutzwänden beim Ausbau der Main-Weser-Bahn

Büro im Römer  
Bethmannstraße 3  
60311 Frankfurt am Main  
Telefon: 069/291030  
e-mail: [info@fdp-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@fdp-fraktion.frankfurt.de)  
[www.fdp-fraktion-frankfurt.de](http://www.fdp-fraktion-frankfurt.de)

Der Ortsbeirat möge beschließen:

Der Magistrat möge prüfen und berichten, ob es Änderungen an den geplanten Lärmschutzwänden beim Ausbau der Main-Weser-Bahn geben soll?

Begründung:

Im Ortsbezirk ist es zu Irritationen gekommen, weil die Deutsche Bahn im Bereich des Frankfurter Bergs angeblich andere Lärmschutzwände errichten will als im Planfeststellungsbeschluss festgestellt. Dies ist kaum vorstellbar, da es hierzu einer entsprechenden Planänderung mit neuer Auslegung bedürfte. Deshalb ist Aufklärung geboten, um unnötige Aufregung zu vermeiden.

Dr. Julian Langner  
Frankfurt am Main, den 1. Dezember 2021

## Antrag der FDP im Ortsbeirat 10

### Beschlussfassung M 147

Der Ortsbeirat möge beschließen:

Der M 147 vom 17.09.2021 wird unter folgenden Bedingungen angenommen:

- Die Gestaltungssatzung Freiraum und Klima trifft für Bauteile lediglich auf Neubauten sowie auf den von der Baumaßnahme betroffenen Bauteil zu.
- Der Bestandsschutz von bereits bestehenden Bauteilen bleibt gewährleistet. Bei energetischer Ertüchtigung und Erhalt der Konstruktion sind die Baumaßnahmen von §6 der Satzung befreit.
- Der Bestandsschutz bleibt für Grundstücksfreiflächen bestehen. Hiervon ausgenommen sind die Punkte Schottergärten und Sichtschutzwände. Deren Beseitigung soll mit einer Frist von 9 Monaten verlangt werden.
- Die Regeln für Baumpflanzungen nach dem Hessisches Nachbarrechtsgesetz finden Berücksichtigung. Mittelkronige Bäume sind daher in Reihenhaussiedlungen nicht zwingend.
- Leichtbauten (z.B. Carports oder Garagen) sind von der Vorgabe einer Sedimentdecke bei der Dacheindeckung zu befreien. Eine Begrünung mit Rankpflanzen kann bei Neubauten verlangt werden.

Begründung:

Die Maßnahmen der Freiraumsatzung sollten im Sinne der Verhältnismäßigkeit so begrenzt werden, dass die Bürger mitgenommen werden. Dadurch sollen insbesondere dringend benötigte energetische Sanierungen erleichtert werden.

Dr. Julian Langner  
Frankfurt am Main, den 1. Dezember 2021